

Wende in der Atompolitik

Soziale und ökologische Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien

Fachkonferenz, 17.09.2010.

Abschluss-Runde: Atomausstieg/Endlagerung/Erneuerbare – drei Seiten eines Themas

In der Abschluss-Runde „Atomausstieg/Endlagerung/Erneuerbare – drei Seiten eines Themas“ diskutieren Rebecca Harms, MdEP, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im EU-Parlament, Prof. Dr. Jürgen Manemann, Direktor Forschungsinstitut für Philosophie, Hannover, Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Dr. Matthias Miersch, MdB, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Siegfried Sauer, ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen und Regine Richter, urgewald e.V. Moderiert wird die Veranstaltung von der Journalistin Angelika Nikionok-Ehrlich.

Eine zentrale Frage dieser Abschluss-Runde ist die Frage, warum eine Wende in der Atompolitik erstrebenswert ist und man sich mit diesem Thema beschäftigt.

Prof. Dr. Jürgen Manemann hält diesbezüglich zunächst ein Einführungsreferat und erörtert die Frage und Bedeutung des Gemeinwohls. In Bezug auf das energiepolitische Thema sei diese Frage wichtiger als viele denken. Prof. Dr. Manemann fordert angesichts des Klimawandels eine Diskussion über die Nachhaltigkeit im Interesse aller Menschen. Die Frage nach dem Gemeinwohl sei eine politische Frage, weil Politik dem Gemeinwohl dienen soll. Dabei seien auch die Güter, die die Menschen zum (kulturellen) Leben benötigen, zu beachten. So seien Umweltbedingungen etwa Gemeingut. Daraus leiten sich Gemeinwohlpflichten aller Bürger, der Unternehmer, der Regierenden, der wissenschaftlichen Elite und auch der Medien ab. Beim Klimawandel sei die Frage der Gerechtigkeit zu erweitern. Welche Bedürfnisse wir befriedigen dürfen, ist objektiv, so Prof. Dr. Manemann. Er betont die Notwendigkeit der Energiewende, die nur durch einen Zivilisationswandel zu schaffen sei. So zwingt der Klimawandel zu einer Neudefinition der Zivilisation.

Dr. Matthias Miersch, MdB, weist darauf hin, dass der Klimawandel der Kern ist, um den es geht. Auch er bekräftigt die Notwendigkeit der Energiewende und merkt an, dass dies bei der konkreten Umsetzung auf Schwierigkeiten stößt. So fordert er den Einzelnen dazu auf, sich zu fragen, was die Wende für den Einzelnen bedeutet. Denn „global reden ist einfach, es selber anzugehen dagegen schwierig“, so Dr. Miersch.

Ferner macht er deutlich, dass Ökologie stets die Grenze bzw. Basis darstellt und wir alle lernen müssen, dass mit der Natur nicht zu verhandeln ist.

Siegfried Sauer, ver.di-Landesleiter Niedersachsen-Bremen, betont, dass es 2001 einen Konsens und damit eine klare Position gab. „Wir müssen uns von der alten Energiepolitik verabschieden“, so Sauer. Weiterhin stellt er fest, dass den vier großen Energiekonzernen E.on, RWE, EnBW und Vattenfall eine Geldmaschine zur Verfügung gestellt worden ist. Da immer noch keine Lösung für den Atommüll vorliege, handele die Regierung verantwortungslos. Sauer deutet darauf hin, dass „wir diesbezüglich einen gesellschaftlichen Widerstand brauchen.“

Hartmut Meine, IG Metall-Bezirksleiter Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, weist auf die Anzeigenkampagne der Atomlobby hin: „Wichtig ist, wer nicht unterschrieben hat?“ Weiterhin stellt er Widersprüche in der Regierung fest.

Die Moderatorin Angelika Nikionok-Ehrlich fragt nach der Problematik Endlager auf europäischer Ebene. Die Probleme der Bundesregierung werden hier stark diskutiert. Sie möchte wissen, wie viel davon auf europäischer Ebene angekommen ist.

Rebecca Harms, MdEP, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im EU-Parlament, stellt zunächst fest, dass von 168 Staaten 31 Atomkraftwerke betreiben. Unter diesen 31 seien nur wenige, die sich mit der Lösung des Atommülls beschäftigt haben. Dabei gelte Deutschland in der EU als Vorzeigeland. In Bezug auf die Vorbereitung einer Richtlinie für Atommüll lenkt Harms das Augenmerk auf das Desaster der zwei Endlage Morsleben und Asse. Sie sieht keine Bereitschaft bei den Verantwortlichen, das Entsorgungskonzept zu überdenken.

Während Dr. Miersch, MdB, betont, dass für einen Neuanfang Druck gemacht werden muss, fragt die Moderatorin Angelika Nikionok-Ehrlich, welche Druckmittel außer den Demonstrationen zur Verfügung stehen.

Regine Richter, urgewald e.V., legt dar, dass die politische und wirtschaftliche Elite heute Tendenzen aufweist, ihre Macht zu erhalten. Wirtschaftliche Elitentendenzen seien sehr bedenklich. Dennoch verdeutlicht sie, dass im letzten Jahrzehnt zwei AKWs abgeschaltet und das EE-Gesetz verabschiedet worden sind. Trotz dieser Entwicklungen fordert sie, dass von der breiten Masse viel mehr ausgehen muss und dass die breite Masse weiterhin Druck auf die Politik machen muss. Auch ruft sie den Einzelnen dazu auf, den Atomausstieg selber zu machen, d.h. beispielsweise den Stromanbieter zu wechseln.

Prof. Dr. Jürgen Manemann merkt an, dass sich mehr Menschen (zivilgesellschaftlich) engagieren müssen. Zivilgesellschaft und nicht die Elite sei die Basis der Demokratie. „Angesichts dessen, was wir wissen, engagieren wir uns zu wenig“, so Prof. Manemann. Er stellt eine Blockade in der Wahrnehmung fest. Der Begriff der Elite sei ein geschichtlich ambivalenter Begriff. Alte Begriffe

solle man nicht durch neue ersetzen, sondern mit neuem Bewusstsein aufladen. Eine Elite, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werde, sei keine Elite. Heutzutage werde mit der Nachhaltigkeit Werbung gemacht. Doch der Begriff der Nachhaltigkeit müsse ersetzt und erweitert werden.

Hartmut Meine stellt in Niedersachsen eine gesellschaftliche Hegemonie gegen Atomenergie fest. Gorleben hält er für ein nicht durchsetzbares Endlager. Auch Rebecca Harms sieht ein großes niedersächsisches Bewusstsein für Endlagerprobleme, was für sie als „Menschheitsprobleme“ gelten. Daher lobt Regine Richter insbesondere die DemonstrantInnen in Gorleben.

Rebecca Harms, MdEP, betont mit Blick auf die bisherige Energiewende ebenso wie Richter, dass „wir ziemlich weit gekommen sind“ und fragt, ob „es dies ohne die Erfahrung Tschernobyl so gegeben hätte?“ Die Erfahrung von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland sei durch die Energiewende im Gange, sodass bereits stabile Mehrheitsmeinungen bestehen. An dieser Stelle verweist Siegfried Sauer auf die DGB Herbstkampagne mit verschiedenen Aktionen. Der Atomausstieg werde Bestandteil dieser Kampagne sein.

Dr. Matthias Miersch, MdB, verdeutlicht, dass „wir als politische Elite unser Staatsdenken und unseren Staatsbegriff überdenken müssen.“ Das Gemeinwohl müsse sich dabei auch auf die Energiepolitik beziehen.

Angelika Nikionok-Ehrlich macht darauf aufmerksam, dass es mehrere unterschiedliche Studien gibt, sodass man sich oftmals nicht auf die Wissenschaft begründen kann.

Daraufhin fragt sie Prof. Dr. Manemann, ob der Mensch ein soziales oder emotionales Wesen ist. Dieser erläutert das Spannungsverhältnis des Menschen: Emotionen und Vernunft. „Unsere Vernunft kann nur vernünftig sein, wenn sie auf etwas anderes hört als Vernunft.“ Der Motor unserer Vernunft und unseres Denkens seien Emotionen, wobei unser Handeln durch Bedürfnisse und Gefühle bestimmt werde.

Prof. Dr. Manemann erklärt, dass Optimismus häufig als positives Denken bzw. Hoffnung verstanden wird. Er jedoch erkennt im Optimismus einen Mangel an Informationen und empfiehlt, sich Optimismus abzugewöhnen. Denn „Hoffnung weiß, dass Handeln scheitert“, so Prof. Manemann.

In der Fragerunde aus dem Publikum stellt Hartmut Meine nochmals nüchtern fest, dass „wir mit harten Gegenargumenten konfrontiert werden und ein dickes Brett zu bohren haben.“

Regine Richter betont, dass ein globales Konzept und ein globaler Widerstand erforderlich sind. Auf die Frage, warum die Regierung bisher so handelt, antwortet Dr. Miersch, MdB, „Mischung aus Fanatismus und finanziellen Interessen.“ Während die Regierung selbst versucht habe, ihr Vorgehen wissenschaftlichen durch fragliche Institute zu begründen, sei keine wissenschaftliche

Grundlage für diesen Beschluss zu erkennen. „Es ist nicht nur eine verfassungsrechtliche Frage, sondern eine strafrechtlich relevante Frage“, so der Abgeordnete. Meine verdeutlicht, dass die beste Form der Erneuerbaren Energie diejenige ist, die die Atomenergie lahm legt.

In der Schlussrunde gibt Rebecca Harms, MdEP, an, dass sie es nie für rechtmäßig gehalten hat, Atom ohne die Aspekte Endlagerung und Sicherheit zu lösen. Dennoch dürfe man das Erreichte nicht unterschätzen. „Wenn er Konsens nun in dieser Periode umgesetzt werden würde, dann würden jetzt sieben deutsche AKWs vom Netz gehen und das wäre eine gute Dynamik“, so Harms, MdEP.

Siegfried Sauer fordert, den Entschluss, der bisher eingeleitet worden ist, noch mehr zu stabilisieren und das Neue abzuwehren. Auch Regine Richter sieht im Moment gute Ausgangslagen bzw. Voraussetzungen für die Wende und wünscht sich, dass mehr Menschen „mitgehen, mitdemonstrieren, aktiv werden.“

Hartmut Meine verlangt frühzeitig und gemeinsames Handeln. Dabei verweist er auf die Demonstration, die am 6. November 2010 in Gorleben oder Hannover stattfinden wird.

Eine zunehmende Privatisierung von Wissenschaft und Bildung erkennt Dr. Matthias Miersch, MdB. „Wissenschaft und Bildung werden zunehmend manipuliert“ und man müsse den Wert der unabhängigen Wissenschaft festlegen.

Abschließend erklärt Prof. Dr. Jürgen Manemann, dass die Wissenschaft der Kontrolle bedarf. „Man muss vorsichtig sein, weil Jahre später etwas unvernünftig sein wird, was früher vernünftig war. Wissenschaft ohne Wissenschaftsethik ist keine Ethik. Wir sollten nicht von einer Katastrophendidaktik ausgehen. Wir brauchen das Verständnis von der Befristung der Zeit, d.h. wir müssen erkennen, dass bald alles enden kann und darüber auch kulturell und sozial denken“, so Prof. Manemann.